

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 98. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrschorf, Bretinig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinidtmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 181

Mittwoch, den 6. August 1930

82. Jahrgang

Obstverpachtung

Die diesjährige Obstverpachtung der Stadtgemeinde Pulsnitz soll **Sonnabend, den 9. August 1930**, baumweise an hiesige Einwohner, welche nicht selbst Besitzer von Kernobstbäumen sind, öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Treffpunkt: Sonnabend, den 9. August 1930, nachm. 4 Uhr am Brauereiteich.
Pulsnitz, am 6. August 1930.

Der Stadtrat

Amtlicher Teil

Aufkündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg

Höpker-Nichoff über Staatspartei und Sozialdemokraten

Preisfenkung tut not — Dr. Stegerwald über Sozialpolitik — Kommunistische Schreckensherrschaft in China

Köln, 6. August. In der Morgenausgabe der „Kölnischen Zeitung“ kommt der preussische Finanzminister Dr. Höpker-Nichoff in dem Aufsatz „Ein Appell“ auf die Stellung der neuen Staatspartei zur Sozialdemokratie zu sprechen und führt u. a. aus: Es wäre verderblich, wenn versucht werden sollte, unter dem Namen „Hindenburg-Block“ alle die zusammenzufassen, die bei den letzten Auseinandersetzungen hinter Brüning und Dietrich gestanden hätten, zum Kampfe nicht nur gegen die radikalen Elemente, sondern auch zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Bei den Befreiungsfeiern in Koblenz hätten Hindenburg und Braun gemeinsam vor den Koblenzer Bürgern gestanden. Das sei ein Sinnbild dafür, daß Reichspolitik und preussische Politik jahrelang um die Befreiung des Rheinlandes gerungen hätten. Höpker-Nichoff führt dann den vor wenigen Tagen von der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung beschlossenen Ausbau der Schinkelwache zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen, die letzte Notverordnung gegen das unbefugte Waffentragen, die Zustimmung der preussischen Regierung im Reichsrat zu allen Gesetzentwürfen, die von der Reichsregierung im Reichsrat vorgelegt worden waren und die letzten Endes den Ausgangspunkt der jetzigen Notverordnung gebildet hätten, die Einigung in der Grenz- hilfe und andere Fälle an. Er fragt, ob man angesichts dieser Tatsachen wagen könne, eine bürgerliche Sammlung mit dem Ziele herbeizuführen, die preussische Koalition zu sprengen, der Sozialdemokratie den Namen einer staatsbejahenden Partei abzuspülen und zum Kampfe gegen den Marxismus aufzurufen. Höpker-Nichoff fährt fort, wenn Reichskanzler Brüning und Ministerpräsident Braun in so bedeutenden Fragen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, kann nicht der Zeitpunkt kommen, wo die Stunde der Not alle Kräfte, die jetzt sowohl hinter der Regierung Brüning wie hinter der Regierung Braun stehen, zu gemeinsamer Arbeit im Kampfe gegen die radikale Flut zusammenzwingt? Der Wahlkampf, der jetzt geführt werden muß, wird von uns auch gegen die Sozialdemokratie und für das Kabinett Brüning-Dietrich geführt werden. Aber hierum handelt es sich bei der augenblicklichen Auseinandersetzung nicht, sondern darum, ob ein Block errichtet werden soll mit dem Gedanken, nach vergeblichen Wahlen auch mit verfassungswidrigen Mitteln zu regieren, und darum, ob die Sozialdemokratie als staatsbejahende Partei anerkannt werden soll oder nicht.

Preisfenkung tut not!

Revision der kartellmäßig gebundenen Preise?

Berlin. Am Dienstag trat der wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu den Beratungen über das Kartellproblem zusammen. Namens der Reichsregierung begründete Staatssekretär Dr. Trendelenburg die Notwendigkeit beschleunigter Maßnahmen auf dem Kartellgebiet. Er wies auf die starke Unterschiedlichkeit in der Preisentwicklung der industriellen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse einerseits und der industriellen Fertigwaren andererseits hin. Hierin sei eine wesentliche Ursache für die starke Unterbeschäftigung zu suchen. Die Auswirkungen dieser Weltkrise auf Deutschland seien um so tiefer und nachhaltiger, als sie mit einer Krise der öffentlichen Finanzwirtschaft verbunden seien. Die Reichsregierung halte auf wirtschaftlichem Gebiete in erster Linie eine Senkung des Selbstkosten- und Preisniveaus für notwendig. In die Maßnahmen

zur Erreichung dieses Zieles müsse das Beschaffungsprogramm eingeordnet werden. Die Reichsregierung sei entschlossen, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß dieses Programm zu einem

Einbruch in das bestehende Preisystem

führe. Die Reichsregierung sei von der Notwendigkeit überzeugt, daß gewisse Hemmnisse beseitigt werden müßten, die noch der freien Auswirkung der natürlichen wirtschaftlichen Tendenzen im Wege stünden. In diesem Zusammenhange trete das Problem der kartellmäßig gebundenen Preise in den Vordergrund. Die Verordnung des Reichspräsidenten biete der Reichsregierung die rechtliche Möglichkeit, solche Bindungen aufzuheben, die die wirtschaftliche Handlungsfreiheit in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise einschränkte.

Reichsminister Dr. Stegerwald über Sozialpolitik

München, 6. August. Die Christlichen Gewerkschaften Münchens hielten am Dienstag abend eine große Vertrauensmännerversammlung ab, in deren Mittelpunkt eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald stand. Der Minister führte u. a. aus: Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik könnten nicht getrennt, sondern müßten als eine Einheit behandelt werden. Wir durchleben eine Weltwirtschaftskrise von ungeheurem Ausmaß. Man glaubte, die Weltwirtschaftslage stabilisieren zu können. Wenn Deutschland sich nicht baldigst auf die internationale Preis- lage umstelle, dann werde die Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung werden. In derselben Stunde, in der sich die privatkapitalistische Ordnung in einer schweren Krise befinde, könne innerhalb dieser Ordnung nicht sozialistische Steuer- und Wirtschaftspolitik gemacht werden. Keine Zeit sei ungeeigneter für wirtschaftliche Experimente als die Gegenwart. Mit einer Diktatur könnten diese Dinge nicht in Ordnung gebracht werden. Das Bürgertum müsse sich klar sein, daß es für die deutsche Arbeiterschaft ein politisches und wirtschaftliches Zurück auf 1914 nicht mehr gebe. Nur über das Tempo des Aufstieges könne man streiten, nicht aber über den Aufstieg an sich. Schließlich müsse die Arbeiterschaft sich bewußt werden, daß sie nur mit dem deutschen Volk im ganzen aufsteigen oder in eine große Elendsperiode hineingeführt werden könne. Der Wahlkampf gehe darum, die Staatsfinanzen auf eine dauernd gesicherte Grundlage zu stellen, ein Steuersystem zur Einführung zu bringen, bei dem die Körperschaften, die die Steuern beschließen auch für die Ausbringung der Mittel zu sorgen haben. Sparame Wirtschaft sei notwendig auf der ganzen Linie mit der Maßgabe, daß an der Volksgesundheit der Volkskraft und der Volksmoral nicht Raubbau getrieben werde. Die Quelle der Sozialpolitik sei eine gesunde Wirtschaft. Daher müsse nachdrücklich an der Kräftigung der Wirtschaft gearbeitet werden.

Keine größeren Herbstmanöver der Reichswehr

Die diesjährigen Herbstübungen der Reichswehr, die in Gestalt einer sogenannten Rahmenübung abgehalten werden, finden in der Zeit vom 15. bis 18. September im Raum von Bamberg-Koburg-Weinigen-Risingen statt. Die Übungen stehen unter der Leitung von Generaloberst Seye. Die rote Partei führt General der Infanterie Hasse, die blaue General der Kavallerie von Kaiser. Der Reichswehrminister wird an den Übungen teilnehmen. Der Reichs-

Das Wichtigste

In den belgischen Badeorten Ost und Knede sind sieben Fälle von spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen.
Auf der Straftinsel im Herzen New Yorks, Welfare Island, brach ein Aufstand aus, an dem sich 100 Gefangene beteiligten. Die Polizei beherrschte die Lage. Zehn Gefangene wurden bisher verlegt.

präsiert wird sich vom 16. bis 18. September im Manövergelände aufhalten und am 19. September bei Köhnhildt den Vorbeimarsch der an den Übungen beteiligten Truppen entgegennehmen.

An den Übungen ist nur eine Division der Infanterie und eine Kavallerie-Division beteiligt, während die übrigen sechs Infanterie-Divisionen und zwei Kavallerie-Divisionen nur kleine Geländeübungen in diesem Jahr abhalten.

Das Reichswehrministerium hat die Übungen aus finanziellen Gründen stark beschränkt.

Im wesentlichen werden an den Übungen nur die Stäbe aller Divisionen und die Nachrichtenabteilung beteiligt, so daß ein kriegsmäßiger Zustand nur für diese Stäbe durchgeführt wird. Die Truppen werden zum großen Teil durch Flaggen bezeichnet. Diese Methode der Fahnenübung für die höheren Stäbe ist zuerst von Generaloberst von Seekt eingeführt, der die letzte Übung dieser Art im Jahre 1926 abhielt. Während in Deutschland die Herbstmanöver in dieser Weise auf das äußerste beschränkt werden müssen, nehmen allein an den diesjährigen französischen Herbstmanövern fünf volle Infanterie- und Kavallerie-Divisionen, sowie noch zahlreiche andere zugeteilte Truppenverbände teil.

Die kommunistische Schreckensherrschaft in China

London. Nach den in Tokio vorliegenden amtlichen Berichten dehnt sich die Schreckensherrschaft der Kommunisten in China immer weiter aus. Englische Privatmeldungen aus China berichten über schwere Uebergriffe gegen drei englische Frauen. Die Frau des englischen Chefingenieurs der Tientsin-Pukau-Eisenbahn, wurde in ihrem Hause von einem chinesischen Soldaten durch Bajonettstiche lebensgefährlich verletzt. Ferner werden zwei Missionarinnen, Fräulein Harrison und Fräulein Nettleton, die sich seit längerer Zeit in den Händen der Kommunisten befinden, mit dem Tode bedroht, falls von den britischen Behörden nicht innerhalb kurzer Zeit das verlangte Lösegeld in Höhe von 120 000 M. gezahlt wird. Ein Chinese hat von Fräulein Harrison einen Brief erhalten, in dem die Martern geschildert werden, denen Fräulein Nettleton ausgesetzt wurde. Dem Briefe lag u. a. ein abgehackter Finger von Fräulein Nettleton bei. Die Kommunisten drohten, von beiden Frauen sämtliche Finger abzuschneiden, falls das Lösegeld nicht sofort gezahlt werde. Der Generalsekretär der englischen Missionsstation in China wartet gegenwärtig auf eine amtliche Bestätigung dieser Meldungen. Sollten sie sich als richtig erweisen, so ist mit einem Eingreifen der englischen Regierung zu rechnen.

Nach weiteren Meldungen wurden in Tschangtscha drei Matrosen des englischen Kanonenbootes „Teal“ bei einem Geplänkel mit chinesischen Kommunisten verwundet. Das amerikanische Kanonenboot „Palos“ wurde in der Gegend von Tschangtscha zum zweiten Male von Kommunisten angegriffen, wobei ein amerikanischer Matrose verletzt wurde. Auch italienische und japanische Kanonenboote wurden in der Gegend von Tschangtscha aus Maschinengewehren beschossen. Die Besetzung von Hankau durch die Kommunisten wird nun in aller Kürze erwartet. Die ausländischen Mächte haben zum Schutze ihrer Staatsangehörigen und deren Eigentum bisher elf Kriegsschiffe vor Hankau zusammengezogen. Die ausländische Kolonie in Hankau zählt 3000 Köpfe.